

Hundert Jahre Internationaler Frauentag – frauenpolitische Forderungen nach Chancengleichheit noch nicht erfüllt

„Ziehen wir nach hundert Jahren Resümee, stellen wir fest, dass sich mit der Einführung des Wahlrechtes und dem Ausbau der Bildungschancen Entscheidendes für uns Frauen verbessert hat. Die frauenpolitischen Forderungen nach Chancengleichheit erfüllten sich allerdings noch nicht,“ so Präsidentin Hannelore Wörz zum 8. März in Stuttgart. Der Verband vertritt über 55.000 Frauen im ländlichen Raum. Mit der Einführung der Unisexstarife bei Versicherungen erfüllt sich durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes in diesem Jahr ein weiterer Schritt in der Gleichberechtigung. Der LandFrauenverband Württemberg-Baden beteiligte sich mit seinen Mitgliedern an der bundesweiten Kampagne, diese Forderung voranzutreiben.

Frauen leisten auch im Jahr 2011 den Hauptanteil an der Familienarbeit. Sie sind bei der Pflege älterer Menschen besonders betroffen. Gerade im ländlichen Raum übernehmen sie häufig neben Beruf und Ehrenamt die Betreuungsaufgaben innerhalb der Familie.

- Deshalb fordert der LandFrauenverband die bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege durch eine wohnortnahe Versorgung in der ambulanten Pflege – vor allem im ländlichen Raum. Pflegequalität muss gewährleistet sein.

Die Benachteiligung von Frauen wirkt sich durch die Zuzahlungen in der Gesundheitsvorsorge doppelt aus. Ältere Frauen mit niedrigen Renten scheuen daher den Gang zum Arzt aus Sorge um die zusätzlichen Kosten.

- Deshalb fordert der LandFrauenverband die Rückkehr zu einem paritätisch finanzierten Versicherungssystem in der gesetzlichen Krankenversicherung und lehnt die eingeführte Reform mit einer zunehmenden Belastung der ArbeitnehmerInnen ab.

Kürzere Erwerbsbiographien und ein geringerer Lebensarbeitsverdienst führen bei Frauen zu einer niedrigen Rente und dadurch in die Altersarmut.

- Daher fordert der LandFrauenverband die längst fällige Lohnanpassung von Frauenlöhnen bei gleichwertiger Arbeit.

Der LandFrauenverband Württemberg-Baden steht auch weiterhin zu seinen zentralen Forderungen an die Politik:

- Das erhöhte Rentenalter ab 67 zurück zu nehmen.
- Die Anerkennung der dreijährigen Erziehungszeiten auch für Geburten vor 1992 zuzulassen.
- Auf die verstärkte Erhaltung von Beschäftigungschancen für Frauen über 50 durch Politik und Wirtschaft hin zu wirken.

Stuttgart, 7. März 2010